rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

rk

gegründet 1861

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)	Bauordnungsnovelle in Begutachtung Salzstreuverbot beachten!
Kommunal: (rosa)	Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte Strenge Kontrollen der Feuerpolizei in Kaufhäusern
"Zeig Herz - hilf mit!":	Krankenhilfekurse des Wiener Roten Kreuzes Schwesternschülerinnen singen im Pflegeheim
Lokal: (orange)	Erster Schnee in Wien
Nur über FS: 14.12.	Weihnachtskonzert für Patienten Badner Bahn: Konzessionsverlängerung bis 1998 Gratz ehrte Freiheitskämpfer Naturdenkmal Pappelteich wird saniert Sanitäter als Hebamme

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID)
1, Rathaus, 3. Stiege, A 1082 Wien · Telephon 42 8 00 Durchwahl Kl. 29 71 · FS 13-3240
Chefredakteur: Prof. Alois Brunnthaler · Für den Inhalt verantwortlich: Stellv. Chefred. Robert Prosel

.-

Bereits am 13. Dezember 1981 über Fernschreiber ausgesendet

.-

Bauordnungsnovelle in Begutachtung

Utl.: Vorschriften über Wärmeschutz und Bauen in Schutzzonen

=++++

1 #Wien, 13.12. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Zur Begutachtung ausgesendet wurde eine Novelle zur Wiener Bauordnung. Vorgesehen sind neue Bestimmungen für Wärmeschutz und energiesparende Heizung sowie hinsichtlich des Bauens in Schutzzonen.#

Ein sogenannter "Staatsvertrag" zwischen dem Bund und den Bundesländern ist auch für Wien Anlaß, künftig Mindestanforderungen an die Wärmedämmung von Außenwänden, Decken, Wänden gegen unbeheizte Gebäudeteile und Feuermauern, für Fenster und Türen sowie für Fußböden beheizter Räume festzusetzen. Mit weiteren Bestimmungen soll versucht werden, dem Wärmeverlust durch die Fensterfugen entgegenzutreten. Es werde allerdings Sache der Bauausführung sein, heißt es in den Erläuternden Bemerkungen zum Gesetzesentwurf, für eine entsprechende Belüftung der Aufenthaltsräume zu sorgen, um auszuschließen, daß einerseits das Bauwerk durch Kondenswasser beeinträchtigt werden könnte, andererseits die Räumlichkeiten für einen Aufenthalt nicht mehr geeignet wären. Erstmals werden auch für die Planung und Errichtung von Zentralheizungsanlagen Regelungen aufgenommen, durch die die energiesparende Beheizung der Gebäude gewährleistet werden soll. Dabei geht es vor allem um die zulässigen Abgasverlsute je nach der Art des Brennstoffs und der Nennheizleistung der Feuerungsanlage, wobei jedoch kleinste Anlagen (weniger als 26 kW) von der Regelung ausgenommen werden sollen. Es soll also die Errichtung überdimensionierter Heizungsanlagen verhindert werden.

Hinsichtlich des Bauens in Schutzzonen sieht der Entwurf zur Bauordnungsnovelle vor, Außenfassaden müssen so gestaltet werden, daß sie sich in ihrer äußeren Gestaltung in das örtliche Stadtbild der Schutzzone einfügen und dessen Charakter gewahrt bleibt; ein gleiches soll für Neubauten gelten, sofern nicht im Hinblick auf die besondere städtebauliche und kulturgeschichtliche Bedeutung eine Rekonstruktion eines ehemaligen Gebäudes erforderlich ist. (Schluß) and/gg

NNNN

.-

Bereits am 13. Dezember 1981 über Fernschreiber ausgesendet

.-

Salzstreuverbot beachten!

=++++

2 #Wien, 13.12. (RK-LOKAL) Schädlich für Pflanzen, Tiere, Autos ist die Salzstreuung. Sie ist daher in Wien schon seit Jahren auf den Gehsteigen verboten und auf den Straßen stark eingeschränkt: darauf weist Umweltstadtrat Peter SCHIEDER nochmals hin. Zusätzlich kündigte Schieder strenge Strafen für alle Umweltsünder, die sich nicht an die Salzstreuordnung halten, an. Die Umweltschutzabteilung wird, betonte Schieder, genau auf die Einhaltung der entsprechenden Bestimmungen achten - im Wege der Magistratischen Bezirksämter - und bei Verstößen Strafen verhängen.#

In Wien darf bekanntlich auf den Gehsteigen kein Auftausalz verwendet werden, ebenso ist die Salzstreuung auf Zufahrten, Abstellplätzen usw. verboten. Auf öffentlichen Straßen, auf Stiegenanlagen im Bereich von Gehwegen und Gehsteigen sowie bei Eisenbahnanlagen und im Haltestellenbereich öffentlicher Verkehrsmittel dürfen höchstens 15 g pro Quadratmeter gestreut werden (zum Vergleich: bundesdeutsche Kommunen gestatteten zum Teil vierzig Gramm und wollen erst in diesem Winter auf 15 bis 20 Gramm reduzieren). Lediglich bei extremem Glatteis kann der Magistrat das Salzstreuverbot kurzfristig - für höchstens drei Tage - aufheben; entsprechende Informationen gibt es in diesem Fall über den Rundfunk.

Als möglicher Ersatz für die Salzstreuung wird derzeit auf Initiative von Umweltstadtrat Schieder ein neues Auftaumittel in Wien ausprobiert, das laut Gutachten die Bäume nicht nur nicht schädigt, sondern sogar düngt. In einem Großversuch im Bereich des Praters wird nun die Wirkung dieses Streumittels genau untersucht. Zusätzlich sollen ein bis zwei Alleen in Wien heuer überhaupt vom Salz verschont bleiben, um auch hier Vergleichsmöglichkeiten zur Salzstreuung zu erhalten. (Schluß) hs/gg

NNNN

Strenge Kontrollen der Feuerpolizei in Kaufhäusern

=++++

7 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Besonders strenge Kontrollen führt die Feuerpolizei in den Wochen vor Weihnachten in den Kaufhäusern durch - und hat auch bereits eine Reihe gefährlicher "Gedankenlosigkeiten" entdeckt: durch Regale versperrte Fluchtwege, feuergefährliches Dekorationsmaterial und Notausgangstüren, die sich kaum öffnen lassen. Den Betriebsinhabern drohen nach der Bauordnung Strafen bis zu 100.000 Schilling bzw. Arrest bis zu drei Monaten.

In einem Schreiben an die Kammer der gewerblichen Wirtschaft und an zahlreiche Kaufhäuser wurde auch heuer wieder rechtzeitig eindringlich davor gewarnt, Mißstände aufkommen zu lassen, durch die Menschen gefährdet werden können. Neben ihren ständigen Kontrollen befaßt sich die Feuerpolizei vor den Weihnachtsfeiertagen verstärkt mit der überprüfung, ob Fluchtwege freigehalten werden und etwa Spraydosen, die bei einem Brand leicht explodieren können, nicht zu nahe an Hauptverbindungswegen gelagert sind. Auch Weihnachtsschmuck, der vorweihnachtliche Stimmung vermitteln soll, könnte leicht zu einer gefährlichen Brandfalle werden. Er muß daher so beschaffen sein, daß er bei Feuer nicht schmelzen oder tropfen kann. Bei seiner Verbrennung darf kein sichtbehindernder Qualm entstehen, und er muß so angebracht sein, daß ungehindertes Passieren möglich ist. Brandhemmende Türen, die etwa durch einen Keil außer Betrieb gesetzt sind oder Notausgänge, die in einen mit Gerümpel vollgestopften Raum führen, können ihren Zweck nicht erfüllen.

Planungsstadtrat Univ. Prof. Dr. Rudolf WURZER appelliert im Interesse der Beschäftigten und der Kunden an die Betriebsinhaber, derartige Gefahren nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Die Kontrollen der Feuerpolizei können zwar, so Wurzer, im Augenblick zur Beseitigung der Gefahrenquellen führen, entbinden die Betriebsinhaber jedoch nicht von der Eigenverantwortlichkeit. Wurzer wies darauf hin, daß in vergangenen Jahren bei Schwerpunktkontrollen an einem einzigen Tag 18 Anzeigen erstattet werden mußten. (Schluß) and/ap

NNNN

Krankenhilfekurse des Wiener Roten Kreuzes
Utl.: Wiener Rotes Kreuz hilft richtig helfen lernen
=++++

9 Wien, 14.12. (RK-LOKAL) Im Rahmen seiner umfangreichen Kurstätigkeit bietet das Wiener Rote Kreuz einen eigenen Krankenhilfekurs an. Der Spezialkurs ist vor allem für die Pflege von älteren Menschen gedacht, vermittelt aber auch die nötigen Kenntnisse, um im Krankheitsfall sich selbst und den Familienangehörigen besser helfen zu können. Im Gegensatz zu den übrigen Kursen des Wiener Roten Kruezes, ist der Besuch dieses Kurses kostenlos. Damit will das Wiener Rote Kreuz auch einen Beitrag im Rahmen der zur Zeit laufenden Sozialkampagne "Zeig Herz - hilf mit!" leisten.

Nähere Informationen über diesen Kurs sind in der Zentrale des Wiener Roten Kreuzes, 5., Am Hundsturm 18, Telefonnummer 55 46 46/Kl. 2627 oder 2630 erhältlich. (Schluß) zi/gg

NNNN

Schwesternschülerinnen singen im Pflegeheim

=++++

10 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Weihnachts- und Adventlieder, vorgetragen von den Schülerinnen der Krankenpflegeschule des Wilhelminenspitals, bilden den Inhalt von zwei Konzerten, die in den nächsten Tagen in städtischen Pflegeheimen stattfinden werden. Morgen, Dienstag, den 15. Dezember, um 15 Uhr, wird der Chor der Krankenpflegeschülerinnen bei einer Weihnachtsfeier im Pflegeheim Baumgarten (Pavillon IV) und kommenden Mittwoch, den 16. Dezember, um 16 Uhr, im St. Rochus-Heim, im 14. Bezirk, auftreten. Günther BAHR wird als Moderator durch die Veranstaltungen führen, an denen unter anderen auch Prof. Heinz CONRADS und Prof. Norbert PAWLICKI mitwirken werden. Darüber hinaus wird es für die Patienten kleine weihnachtliche Überraschungen geben, die von den "Herz-Mädchen" der Sozialkampagne der Stadt Wien verteilt werden. (Schluß) zi/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)
Utl.: Fragestunde
=++++

11 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) trat der Wiener Gemeinderat am Montag zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. KRASSER (ÖVP) an den Bürgermeister, welche Konsequenzen er für den Fall ziehen werde, daß die Rinter AG über die laut Vertrag vereinbarte Frist hinaus noch nicht den einwandfreien Vollbetrieb aufnehmen kann, erklärte Bürgermeister GRATZ, er werde in optimaler Weise die Interessen der Stadt Wien vertreten.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er zu seiner Erklärung stehe, daß er für das Funktionieren der Anlage die politische Verantwortung übernehme, erklärte Gratz, er habe bei der Eröffnung der Rinteranlage ein Bekenntnis zur Entscheidung des Gemeinderates und zur Sache des Systems der Müllverarbeitung abgegeben. Schon vorher habe er erklärt, daß er die Verantwortung dafür übernehme, daß diese Entscheidung getroffen worden sei. "Ich glaube, hob Bürgermeister Gratz hervor, daß die Anlage funktioniert".

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, was der Bürgermeister tun werde, wenn die Anlage nicht am 14. Februar 1982 den Vollbetrieb aufnehmen werde, erwiderte Bürgermeister Gratz, "Ich sage noch einmal, daß ich nicht irgendetwas Dramatisches tun werde." Der zuständige Stadtrat und die zuständigen Fachabteilungen überprüfen alles. Im Lichte der heutigen Diskussion bin ich sehr froh, daß eine so gründliche Vorbereitung für die Entscheidung des Gemeinderates zur Errichtung der Rinter-Anlage stattgefunden hat. "Gerade jetzt ist es nötig," betonte Bürgermeister Gratz "zu sehen, daß ein Projekt entstanden ist, wo alle der Meinung waren, daß es gut und zukunftsweisend ist." (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)
Utl.: Fragestunde
=++++

12 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Er werde dafür Sorge tragen, fuhr Bürgermeister Gratz fort, daß eine genaue und neuerliche Prüfung aller Unterlagen durchgeführt werde. Eindeutig müsse vor aller öffentlichkeit die Entscheidung und Entwicklung dargelegt werden.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. HOLUB (SPÖ) nach welchen Gesichtspunkten die Vergabe von Gemeindewohnungen erfolge, stellte Stadtrat HATZL (SPÖ) fest, entscheidend sei der Grund der Vormerkung, die Dauer der Vormerkung und die Einkommensgrenze. Weiter müsse der Bewerber einer Gemeindewohnung österreichischer Staatsbürger sein und seinen beruflichen Aufenthalt in Wien haben. Weitere Bedingungen seien Obdachlosigkeit, eine gesundheitsschädliche Wohnung, Überbelag, Krankheitsfälle, getrennter Haushalt, das Wohnen von Familien in fremder Untermiete, sowie der Verlust der Dienstwohnung. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie die Vergabe von Gemeindewohnungen im Jahr 1981 im Detail erfolgt sei, gab Stadtrat Hatzl eine Übersicht über den Vergabezeitraum vom 1. Jänner 1981 bis 31. Oktober 1981. Insgesamt wurden 5.711 Gemeindewohnungen zugewiesen. Die Vergaben erfolgte an: Familien aus einsturzgefährdeten Wohnungen, obdachlose oder unmittelbar von Obdachlosigkeit bedrohte Familien, Mieter aus freizumachenden Objekten, wegen offener TBC, Benützer aus Dienstwohnungen, Familien aus gesundheitsschädlichen Wohnungen, Überbelagsfälle, Fälle wegen Krankheit, Ehepaare mit getrenntem Haushalt, Ehepaare in fremder Untermieter und an Einzelpersonen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (3)
Utl.: Fragestunde
=++++

13 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Weitere Vergabegründe ergeben sich aus Familienzusammenführungen, Delogierungen und diversen Krankheitsfällen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wie junge Menschen in Wien zu einer Gemeindewohnung kommen, gab Stadtrat Hatzl bekannt, daß 60 Prozent der Zuteilungen an junge Menschen beziehungsweise junge Familien erfolgen. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)
Utl.: Fragestunde
=++++

14 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von Stadtrat NEUSSER (ÖVP) wieviele Mieter der städtischen Wohnhausanlage 4, Favoritenstraße 8, aus dem 4. Bezirk kommen, sagte Stadtrat HATZL (SPÖ), daß 15 Zuweisungen aus dem 4. Bezirk erfolgten. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Höhe der Wohnbeihilfen, antwortete Hatzl, daß diese Beantwortung später schriftlich erfolgen wird, da er die Unterlagen nicht bei sich habe. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE wieviele Wohnungen noch nicht bezogen sind, berichtete Hatzl, daß vom Wohnungsamt bereits alle Wohnungen vergeben wurden, zwei Wohnungen sind in Besichtigung, bei den übrigen wurde der Mietvertrag abgeschlossen.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP) wie hoch die Baurate im Jahr 1981 für das Marco-Polo-Projekt sei, antwortete Stadtrat HATZL (SPÖ), daß im heurigen Jahr 574 Millionen aufgewendet wurden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach den Gesamtbaukosten antwortete Hatzl, daß die Baukosten nach dem derzeitigen Berechnungsstand 2,2 Milliarden betragen werden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach dem Zins für die Mieter teilte Hatzl mit, daß der Grundzins im ersten Bauteil 47,3 Schilling pro Quadratmeter betrage. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (5)
Utl.: Fragestunde
=++++

15 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Dipl.Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) nach der Stellungnahme zur geplanten Garagenabfahrtsrampe auf dem Heldenplatz, antwortete Kulturstadtrat Dr. ZILK (SPÖ), er trete dafür ein den Heldenplatz möglichst bald und möglichst perfekt vom ruhenden Autoverkehr zu befreien. Er befürwortete daher die Garage. Ein Loch auf dem Heldenplatz komme jedoch nicht in Frage. Es sei eine planerische Aufgabe, eine Lösung für die Abfahrtsrampe zu finden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, was Zilk dagegen unternehme, daß auf den Landeskonservator kein Druck ausgeübt werde, antwortete Zilk, daß kein Druck notwendig sei, da es sicherlich zu keiner Baubewilligung kommt, die der historischen Gestaltung des Heldenplatzes nicht gerecht wird. (Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (6)
Utl.: Fragestunde
=++++

16 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE Anfrage von GR. ASCHERL (SPÖ), in welcher Weise die Festwochenproduktion "Flic-Flac" verwertet worden ist, sagte Kulturstadtrat Dr. ZILK (SPÖ), daß die Produktion 48mal im Rahmen der Wiener Festwochen gelaufen ist, für das österreichische und das Erste Deutsche Fernsehen angekauft wurde und bis jetzt in München, Hamburg, Düsseldorf, Mannheim, Essen und Frankfurt gezeigt worden ist. Damit ist "Flic-Flac" ein bedeutender Kulturexport geworden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach den finanziellen Vorteilen des Exports dieser Produktion sagte Zilk, daß die Kosten, die unter Einschluß der Tourneefinanzierung im Ausland neun Millionen Schilling betragen, in Kürze zur Gänze eingespielt sein werden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob "Flic-Flac" fortgesetzt werden wird, sagte Zilk, nach dem Motto "Never change a winning team" werden sowohl Flic-Flac wie auch das Clowns-Festival bei den kommenden Festwochen in neuer Form wieder gezeigt werden. An einem Export von Flic-Flac nach Frankreich und in die USA wird bereits gearbeitet. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (7)
Utl.: Fragestunde
=++++

17 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. HIRSCH (SPÖ), an welchen Denkmälern in nächster Zeit Restaurierungsarbeiten geplant sind, sagte Kulturstadtrat Dr. ZILK (SPÖ), daß nach der Fertigstellung der Arbeiten im heurigen Jahr am Lessing-Denkmal und der Pestsäule im Jahr 1982 der Vermählungsbrunnen am Hohen Markt, das Bruckner-Denkmal im Stadtpark, die Marienstatue auf der Marienbrücke und das Gutenberg-Denkmal in Angriff genommen werden. Am Beispiel des Gutenberg-Denkmals wies Zilk auf die Schäden durch die Taubenplage und die Notwendigkeit einer Eindämmung derselben hin. Weiter werden im kommenden Jahr eine Reihe von Brunnen und Denkmälern in allen Bezirken Wiens renoviert. Damit wird der Stadtbildpflege im gesamten Stadtgebiet Rechnung getragen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie es um die Wiederaufstellung des "Stock-im-Eisen" steht, sagte Zilk, die Restaurierung des "Stock-im-Eisen" ist abgeschlossen. Er wird in Kürze aufgestellt und durch ein Schutzglas vor Beschädigungen geschützt werden (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (8)
Utl.: Fragestunde
=+++++

18 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. RAUTNER (SPÖ), ob die Stadt Wien Arbeitskräfte unterbringen kann, die auf Grund der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt arbeitslos werden könnten, sagte Stadtrat NEKULA (SPÖ), die Stadt beschäftigt nach Dienstpostenplan rund 60.000 Menschen. Im Jahr 1981 wurden 5.786 Personen neu aufgenommen, wobei rund 700 Bedienstete zusätzlich eingestellt wurden. Derzeit liegen 3.191 Aufnahmeansuchen vor.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die Beschäftigung von Gastarbeitern durch die Stadt Wien Nachteile für österreichische Arbeitnehmer bringt, sagte Nekula, diese Frage ist gundsätzlich mit nein zu beantworten, da es sich um Posten handelt, die von österreichern zumindest zum Zeitpunkt des Dienstantritts durch die Gastarbeiter nicht in Anspruch genommen worden sind. Ausländische Krankenschwestern oder Hilfsarbeiter im Dienst der Stadt Wien sind auch jetzt nicht durch Inländer zu ersetzen. Falls ausländische Arbeitskräfte den Arbeitsplatz aufgeben, so wird man natürlich zunächst versuchen, österreicher dafür zu gewinnen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Vermehrung des Dienstpostenplans im Jahr 1982 um 832 Posten endgültig abgelehnt ist, sagte Nekula, es gibt einen internen Beschluß, jeden einzelnen dieser derzeit gesperrten Dienstposten bei Bedarf zu prüfen. Im Laufe des Jahres ist die öffnung dieser Posten bei dringendem Bedarf möglich. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)
Utl.: Fragestunde
=++++

19 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), aus welchen Gründen er die Pragmatisierung des Chefredakteurs des Presse- und Informationsdienstes vorgeschlagen habe, antwortete Stadtrat NEKULA (SPÖ), daß der Presse- und Informationsdienst eine aus der ehemaligen Pressestelle gewachsene Institution sei. Wien benötige als "größtes Dienstleistungsunternehmen dieser Stadt" eine Einrichtung, um die Serviceleistungen entsprechend bekannt machen zu können. Die Schaffung der Magistratsabteilung 53 (Presse- und Informationsdienst) war vom Gemeinderat einstimmig beschlossen worden. Es bestehe die Überlegung, im Lauf der Zeit die Mitarbeiter dieser Magistratsabteilung aus dem Sondervertrags- in ein pragmatisiertes Dienstverhältnis zu überführen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Chancen er allen übrigen Vertragsbediensteten einräume, kurz vor Erreichen der Altersgrenze in ein pragmatisiertes Dienstverhältnis übernommen zu werden, antwortete Nekula, daß die Vertragsbediensteten, die vor dem 40. Lebensjahr eingetreten sind, diese Chance haben. In der Regel gibt es die Unterscheidung zwischen Vertragsbediensteten und Pragmatisierten. Es wird aber immer wieder Ausnahmen geben, um Mitarbeiter, die wegen ihres Fachwissens und Könnens benötigt werden, zu gewinnen.

Offenbar muß man sich in den Regionen eines Senatsrates bewegen und über besondere Beziehungen verfügen, kritisierte Dr. Hirnschall in einer Zusatzfrage. Nekula entgegnete, daß Prof. Brunnthaler als bekannter Kommunaljournalist in den Presse- und Informationsdienst geholt wurde. Prof. Brunnthaler wurde nicht als Senatsrats sondern als Oberamtsrat (Dienstklasse VII) eingestuft. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)
Utl.: Fragestunde
=++++

20 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Dkfm.Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) nach dem Stand der Verhandlungen mit dem Bund betreffend die Neuregelung der Abgeltung der Kosten des klinischen Mehraufwandes der Kliniken des AKH, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ), daß auf Beamtenebene bereits Gespräche stattgefunden haben. Es kam dabei noch zu keiner Überbrückung der Auffassungsdifferenzen. Die weiteren Verhandlungen werden auf politischer Ebene stattfinden. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, worauf sich der Ansatzrückgang von 386 auf 365 Millionen Schilling gründe, antwortete MAYR (SPÖ), daß es der Spitalsverwaltung gelungen sei, bei den Spitalskosten unterdurchschnittliche Steigerungsraten zu erreichen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er einen unbefristeten Vertrag oder eine jährliche Überprüfung plane, sagte Mayr, daß die weiteren Verhandlungen noch ausstehen. Er halte aber eine jährliche Kündigungsfrist, die Verhandlungen erzwingt, für realistisch. Dadurch wäre man flexibel genug, die Refundierungen den tatsächlichen Kosten anzugleichen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)
Utl.: Fragestunde
=++++

21 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Dr. NOWAK (SPö), ob die derzeitigen Bestimmungen der Salzstreuverordnung im Sinne des Natur- und Umweltschutzes ausreichend wirksam seien, antwortete Stadtrat SCHIEDER (SPö), daß Überlegungen zur Novellierung der Salzstreuverordnung im Gange sind, da die Vollziehung derzeit nicht gewährleistet sei. Nach den in diesem Winter stattfindenden Versuchen werden auf diesem Gebiet auch neue Erkenntnisse vorliegen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Versuche durchgeführt werden, antwortete Schieder, daß umfangreiche Versuche im 2. Bezirk angestellt werden. So ist die Prater Hauptallee Teststrecke für alternative Streumittel. Die Auswirkungen auf die Bäume werden genau untersucht. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob ein Streuverbot vorgesehen sei, antwortete Schieder, daß zumindest zur Rettung und Erhaltung der Alleen ein Salzstreuverbot notwendig erscheine. Realistisch sei dies nur, wenn sich auch alle damit befaßten Stellen und Institutionen dazu bekennen. Zumindest in den ebenen Bereichen des Stadtgebietes erscheint dies möglich. Sollten sich die alternativen Streumittel bewähren, so könnten auch diese zur Anwendung kommen. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)
Utl.: Mitteilung über Volksbefragung (1)
=++++

22 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) In einer Mitteilung an den Gemeinderat berichtete Stadtrat Franz NEKULA (SPÖ) über die Durchführung und das Ergebnis der Volksbefragungen, die vom 9. bis 11. Dezember stattfanden. Die stichprobenartige Überprüfung der eingebrachten Unterschriften ergab eine Mängelquote von 14,8 Prozent. Die flexible Zahl von Annahmestellen, wie sie im Wiener Volksbefragungsgesetz festgelegt worden ist, bewährte sich. Es standen den Abstimmenden 185 ortsfeste sowie 27 mobile Annahmestellen in Spitälern und Altersheimen zur Verfügung. Fallweise wurden auch zusätzliche Annahmestellen in Betrieb genommen.

Zum Stichtag 9. November 1981 waren 1,154.496 wahlberechtigte Gemeindemitglieder verzeichnet, denen die Stimmkarten mit der Post zugestellt wurden. Außerdem wurden 9.000 Duplikate (d. s. 0,8 Prozent) ausgestellt.

Zu der in Massenmedien kritisierten fehlenden Numerierung der sechs Fragen stellte Nekula fest, daß dem Volksbefragungsgesetz entsprechend, jede einzelne Frage eine eigene Volksbefragung darstellt. Es wurden daher zur leichteren Unterscheidung sechs verschiedene Farben für die sechs Fragen gewählt. Darüber hinaus machte auch die Perforierung eine deutliche Abgrenzung der einzelnen Fragen kenntlich. Dagegen hätte eine Numerierung den Eindruck einer Reihung und damit einer Wertigkeit der Fragen gemacht. Nekula erklärte, er habe sich persönlich in verschiedenen Annahmestellen davon überzeugt, daß die Behauptung von generellen Unmutsäußerungen über das Fehlen einer numerischen Reihung nicht den Tatsachen entsprach. (Forts.) en/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)
Utl.: Mitteilung über Volksbefragung (2)
=++++

23 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Nekula teilte dann dem Gemeinderat das Befragungsergebnis offiziell mit:

Zur Frage "Sozialer Wohnbau" auf dem rosa Stimmzettel wurden 267.948 Stimmen abgegeben, 20.938 waren ungültig, gültig waren 247.010. Mit JA stimmten 206.044 oder 83,42 Prozent, mit NEIN 40.966 oder 16,58 Prozent.

Zur Frage "Modernisierung von Altbauten" auf dem weißen Stimmzettel wurden 267.948 Stimmen abgegeben, 18.364 waren ungültig, gültig 249.584. Mit JA stimmten 209.078 oder 83,77 Prozent, mit NEIN 40.506 oder 16,23 Prozent.

Zur Frage "Altstadtsanierung" auf dem gelben Stimmzettel wurden 267.948 Stimmen abgegeben, 17.989 waren ungültig, gültig waren 249.959. Mit JA stimmten 224.456 oder 89,8 Prozent, mit NEIN 25.503 oder 10,2 Prozent.

Zur Frage "Steinhof-Gründe" auf dem grünen Stimmzettel wurden 267.948 Stimmen abgegeben, 6.786 waren ungültig, gültig waren 261,162. Mit JA stimmten 128.755 oder 49,3 Prozent, mit NEIN 132.407 oder 50,7 Prozent.

Zur Frage "Erhaltung der Vollbeschäftigung" auf dem blauen Stimmzettel wurden 267.948 Stimmen abgegeben, 20.753 waren ungültig, 247.195 gültig. Mit JA stimmten 212.742 oder 86,06 Prozent, mit NEIN 34.453 oder 13,94 Prozent.

Zur Frage "Steinhofgründe" auf dem braunen Stimmzettel, die von der Bürgerinitiative gestellt wurde, wurden 267.948 Stimmen abgegeben, 5.345 waren ungültig, gültig waren 262.603. Mit JA stimmten 122.209 oder 46,54 Prozent, mit NEIN 140.394 oder 53,46 Prozent. (Forts.) en/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)
Utl.: Antrag der SPö
=++++

24 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Auf Antrag der SPö wird die Besprechung der Mitteilung von Stadtrat NEKULA vor Schluß der öffentlichen Sitzung (das ist Donnerstag) vorgenommen werden. (Schluß) en/ap

Wiener Gemeinderat (15)
Utl.: Anfragen und Anträge
=++++

25 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Es lagen neun Anfragen der öVP und eine Anfrage der FPö vor.

Der ANTRAG der FPö betreffend Umwidmung der Steinhofgründe auf Schutzgebiet - Wald- und Wiesengürtel und der ANTRAG der öVP auf Einführung des Life-line-Systems und Aktion "Lebenszeichen" in Wien wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen. Ein DRINGLICHER ANTRAG der öVP betreffend Konsequenzen aus dem Ergebnis der Volksbefragung zur Verbauung der Steinhofgründe und öffnung des Areals für die Bevölkerung wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung (das ist am Donnerstag) vorgenommen werden. (Forts.) en/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)
Utl.: Budgetrede Stadtrat Mayr
=++++

26 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Hohe Steigerungsraten bei der Stadterneuerung und beim Wohnbau, Stopp bei den Dienstposten, jedoch eine Ausweitung bei den Sozialleistungen - das sind die Akzente, die mit diesem Budget gesetzt werden, erklärte Finanzstadtrat MAYR (SPÖ) in seiner Rede zum Wiener Budget 1982. Die Einnahmen betragen 57,4 Milliarden, die Ausgaben 62 Milliarden. Der Abgang wird, wie im Budget 1981, 4,6 Milliarden ausmachen.

Das Budget 1982 wird die Vollbeschäftigung in Wien sichern. Allein 13,5 Milliarden sollen ausgegeben werden, die für das Bau- und das Baunebengewerbe von Bedeutung sind. Innerhalb dieser Ausgaben wurde versucht, Gelder vom Tief- auf den Hochbau umzuschichten. So wurden die Mittel für die Erhaltung um 20,7 Prozent auf 2.598 Millionen erhöht, die Gelder für den Hochwasserschutz dagegen um 151 Millionen gekürzt. Für den kommunalen Wohnbau stehen 1982 mit 2.898 Millionen um 13,6 Prozent mehr zur Verfügung als 1981. Der überwiegende Teil der von der Gemeinde errichteten Wohnungen wird in Stadterneuerungsgebieten liegen. Insgesamt kann gerechnet werden, daß 1982 in Wien der Bau von zumindest 5.500, wahrscheinlich von 6.000 Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen finanziert werden kann. Mindestens 10.000 Mieter von Altwohnungen werden Kreditzuschüsse für Wohnungsverbesserungen erhalten.

Für 1982 ist eine neue Steuer auf unvermietete Wohnungen geplant. Damit soll vor allem zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden. Einnahmen aus dieser Steuer sollen zweckgebunden für die Stadterneuerung verwendet werden. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)
Utl.: Budgetrede Stadtrat MAYR
=++++

27 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Das Budget 1982 zeigt Spargesinnung, betonte Stadtrat MAYR. Im Finanz- und Investitionsplan des Vorjahres wurde noch mit einem Abgang von 8,4 Milliarden für 1982 gerechnet. Tatsächlich konnte der Abgang auf 4,6 Milliarden herabgedrückt werden. Der Dienstpostenplan wird im Gegensatz zu den Vojahren nicht ausgeweitet und es wurden bei einigen Investitionen, wie beim Hochwasserschutz und beim Kanalbau, Mittel gekürzt. Für den U-Bahn-Bau waren nicht soviel Mittel notwendig wie 1981, da das Grundnetz in der Fertigstellung ist und der Bau der neuen Linien U6 und U3 erst anläuft.

1982 wird zwar gespart, jedoch nicht auf Kosten jener, die der Hilfe der Gesellschaft besonders bedürfen. Die Ausgaben für die Behindertenhilfe, für die sozialen Dienste wie Heimhilfe und mobile Schwestern werden stark ausgeweitet. Die Sozialausgaben steigen um 18,2 Prozent und erreichen den Betrag von 2.234 Millionen.

Die städtischen Finanzen werden von den Spitalskosten und den Kosten des öffentlichen Nahverkehrs stark belastet. Mehr als 7 Milliarden müssen aus allgemeinen Steuermitteln aufgebracht werden, um den Betrieb der Spitäler und der Verkehrsbetriebe zu gewährleisten . Wenn in den "Problemzonen" Spitalsfinanzierung und Kosten für den öffentlichen Nahverkehr nicht neue, überregionale Finanzierungslösungen gefunden werden, droht jenen Gebietskörperschaften, die Spitäler und Verkehrsbetriebe zu führen haben, eine kaum vertretbare Einschränkung ihrer Investitionskraft. Dies hätte, so MAYR, schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Arbeitsplätze in diesem Lande. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)
Utl.: Generaldebatte
=++++

28 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRNSCHALL (FPÖ) lehnte im Namen seiner Fraktion eine Zustimmung zum Voranschlag 1982 ab. Der Voranschlag lasse seiner Meinung nach drei Schwerpunkte erkennen: Erstens, eine Zunahme des eigenen Schuldendienstes, zweitens, ein größeres Absinken bei den Investitionen und drittens, eine Flut von Gebührenerhöhungen. Es sei dem Finanzstadtrat nicht gelungen, die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen weiter zusammenzuführen. "Dies muß als gescheitert betrachtet werden".

Zu den Mitteln für den U-Bahn-Bau plädierte Dr. Hirnschall für eine Priorität des Baus der Linie U 6. Diese sei weit billiger und habe einen größeren Verkehrseffekt. Die U 3 solle zurückgestellt werden.

Der Finanzplan für die Jahre 1982 bis 1986 zeige eine erschütternde Ausweglosigkeit. Die Gebührenerhöhungen, die geplant sind, bezeichnete Hirnschall als abenteuerlich.

"Eine planvolle, sparsame und solide Abwicklung der einzelnen Projekte und eine entschiedene Absage an alle Glücksritter, die die Stadt Wien und ihre Einrichtungen als einen Selbstbedienungsladen ansehen", sagte Hirnschall, "könne die Kosten, die der Stadt entstehen, senken helfen."

Hirnschall verwies darauf, daß eine Sanierung der Stadtfinanzen nicht nur durch das Auffinden zusätzlicher Quellen möglich sei, sondern daß die Stadt überall dort konsequent vorgehen müsse, wo Einsparungen möglich sind.

In der Angelegenheit der Müllverwertungsgesellschaft Rinter AG legte Hirnschall einen Beschlußantrag der FPÖ vor, nach dem die Pauschalzahlungen an diese Firma bis zur ordnungsgemäßen Müllverwertung eingestellt werden sollten und die bisher geleisteten 47,7 Millionen als Vorauszahlung für den künftigen Betrieb zu werten seien. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)
Utl.: Generaldebatte
=++++

30 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Politische Konsequenzen aus der letzten Volksbefragung verlangte GR. HAHN (ÖVP). Der Bürgermeister oder die verantwortlichen Stadträte sollen zurücktreten. Die ÖVP habe bereits einmal einen Mißtrauensantrag gegen Gratz eingebracht, dieses Mißtrauen bleibt weiterhin bestehen. Die Wiener haben bei der Abstimmung kundgetan, daß die SPÖ an den wahren Wünschen vorbeiregiert. In der Zeit der SPÖ-Regierung ist es nun zu einem starken Investitionsrückgang und zu steigenden Arbeitslosenzahlen gekommen. Auch der Anteil der Menschen, denen die sozialen Errungenschaften zu Gute kommen sollen, wird immer kleiner. Es gibt immer mehr Familien, die ihre Schulden nicht zurückzahlen können, es gibt immer mehr Arme. Ein soziales Umdenken sei notwendig. Statt dessen gibt es weiterhin beträchtliche Tariferhöhungen, um Fehlplanungen zu kaschieren. 1982 kommen die Kosten für die Kläranlage und für die Rinter AG voll zum Tragen. Bürgermeister Gratz täte gut daran, bei Eröffnungsreden nicht jede Verantwortung in Sachfragen auf sich zu nehmen. Gratz habe die Warnungen der Opposition zum Bauring, zum Brücken- und Gasrohrzustand, zu den Grundstücksspekulationen und zum AKH immer wieder in den Wind geschlagen.

Hahn kritisierte, daß die Wirtschaftsförderung in Wien sinkt. Mit der General Motors-Subvention hätte man viele kleine Projekte fördern können. Die Lage in der Bauwirtschaft ist triste. Die Zahl der beschäftigten Bauarbeiter sinkt. Zum Jahresende ist mit 86 Prozent freien Kapazitäten in der Bauwirtschaft zu rechnen. Die budgetierten Summen werden vielfach nicht tatsächlich verbaut. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)
Utl.: Generaldebatte
=++++

31 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Beim AKH gibt es täglich neue unangenehme Tatsachen. Seit eineinhalb Jahren dreht sich das Postenkarussel. GR. Hahn beantragte im Namen der ÖVP die Vorlage eines Berichtes über den derzeitigen Baufortschritt des AKH. Darin sollen die Mittel für 1981 aufgeschlüsselt und außerdem ein aktueller Zeit- und Kostenplan erstellt werden.

Das Krankenhaus SMZ-Ost wird allen Anschein nach "Ein Jahrtausend-Werk". Zu befürchten sei aber auch, daß es das gleiche Schicksal wie das Pflegeheim Süd erleidet und nicht gebaut wird. Die ÖVP tritt für die rasche Fertigstellung des AKH und des SMZ-Ost ein.

Ein Schwerpunkt des Budgets sind die Ausgaben für die Stadterneuerung. Die ÖVP habe immer wieder einen Stadterneuerungsfonds und eine Zinsenstützungsaktion gefordert. Auch die 30 Schilling Wohnbeihilfe sollten endlich für die Stadterneuerung verwendet werden. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)
Utl.: Generaldebatte
=++++

32 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) GR. EDLINGER nahm zunächst zur abgelaufenen Volksbefragung Stellung und sagte, daß diese sowohl von der Beteiligung her, als auch vom Ergebnis der Frage nach der Bebauung der Steinhofgründe eher enttäuschend für die SPÖ war, daß sich aber bei allen anderen Fragen wie nach der Fortsetzung des sozialen Wohnbaues und der Stadterneuerung eine kompakte Mehrheit im Sinne der SPÖ entschieden hat. Die SPÖ akzeptiere die demokratische Entscheidung der Wiener Bevölkerung.

Zwtl.: Antrag Steinhofgründe als Erholungsraum

Edlinger stellte den Antrag, die am 30. Oktober 1981 im Gemeinderat beschlossene Bebauung des Steinhofgeländes aufzuheben und das Gelände der Bevölkerung als Erholungsraum zugänglich zu machen. Da die Abstimmung eine generelle Prioritätenreihung "Grün vor Wohnraum" bedeute, werde man in Zukunft auch bei privaten Bauwerbern neue Maßstäbe anlegen müssen. Für die Stadt Wien bedeutet dies eine Änderung in der Projektreihung, aber nicht in der Bauleistung des kommenden Wohnbauprogrammes.

Zum Wiener Budget sagte Edlinger, kennzeichnend sei, daß der Vollbeschäftigung und den Sozialleistungen Vorrang gegeben werde. Das unterscheide eben die sozialistische Politik von der konservativen Wirtschaftspolitik, die für die Weltwirtschaftskrise verantwortlich sei. Mit der Fortsetzung großer Projekte, verstärkter Förderung der Betriebe und neuen Impulsen müsse auch in Zukunft dafür gesorgt werden, daß die gute Wirtschaftslage in Österreich erhalten bleibt. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)
Utl.: Generaldebatte
=++++

33 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Mit ihren Vorschlägen hätte die öVP, so EDLINGER, die Budgetsituation in Wien durch Mehrausgaben von 8 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 3 Milliarden um insgesamt 11 Milliarden verschlechtert. Vollends verwirrend werde die Politik der öVP in Bezug auf verschiedene Großprojekte, die sie - wie das AKH - einmal befürworte und einmal ablehne und so lediglich kurzfristig Popularitätshascherei betreibe.

Mit 6 Milliarden für Wohnbau und Instandhaltungen ist im Budget 1982 für wichtige wirtschaftspolitische Impulse, für eine weitere Verbesserung der Wohnungssituation und die Fortsetzung der Erneuerung in Altstadtgebieten gesorgt. Als wichtiges Instrument im Zuge der Stadterneuerung nannte Edlinger auch das neue Mietrecht.

Abschließend sagte Edlinger, es liege im Interesse der Menschen dieser Stadt, dem Budget 1982 zuzustimmen, das eine Fortsetzung der erfolgreichen Politik für Wien bedeutet. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)
Utl.: Generaldebatte
=++++

34 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Für uns ist es schon seit langem eine Selbstverständlichkeit, daß die Steinhofgründe nicht verbaut, zugleich aber der Bevölkerung zugänglich gemacht werden, sagte GR. FÜRST (ÖVP). Er stellte die Frage, was die Verzögerung und die lange Mißachtung des Bevölkerungswillens in dieser Angelegenheit gekostet habe.

Die Stadtverwaltung soll sich um die Erhaltung von Grünflächen kümmern, aber sie soll auf ihren eigenen Flächen mit gutem Beispiel vorangehen.

Wir haben jedes Jahr auch Einsparungsvorschläge zum Budget gemacht, betonte Fürst. Wir wollen eine bessere Rangordnung bei der Lösung von kommunalen Problemen.

Fürst warf der SPÖ vor, Parteipolitik über Bürgerinteressen zu stellen. Die SPÖ trage dafür die Verantwortung, daß wir heute noch auf Jahre hinaus keinen totalen Hochwasserschutz haben. Der Hochwasserschutz wäre schon 1975 fertig gewesen, wenn das Projekt des Bundesstrombauamtes verwirklicht worden wäre.

Fürst erhob den Vorwurf, daß schon seit Jahren keine Sozialwohnungen von der Stadt Wien gebaut werden, sondern Mietwohnungen, die oft teurer sind als frei finanzierte Wohnungen. Das Konzept der SPÖ biete keine Lösung des Wohnungsproblems. Bei der Standortwahl für den Bau von Wohnungen gehe die SPÖ nach Gesichtspunkten der Wahlarithmetik vor. Fürst nannte als Beispiele die Scala-Gründe, die Böhm-Gründe, die Rosenhügel-Gründe und die Steinhof-Gründe. Die Wiener haben der SPÖ darauf nun die entsprechende Antwort gegeben.

Es sei hoch an der Zeit, sich auch zum Ergebnis der vorhergehenden Volksbefragung zu bekennen und auf den Bau des unsinnigen Konferenzzentrums zu verzichten.

Fürst zitierte einen Brief der "Sozialbau", in dem vor der letzten Volksbefragung für sechs "JA"-Stimmen geworben worden war. Dies sei ein Mißbrauch von Wohnbaumitteln für Parteipropaganda. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)
Utl.: Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

35 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Die SPÖ spielt Budget-Roulette, erklärte GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP). Obwohl die finanzielle Lage von Jahr zu Jahr schlechter wird, gibt es noch immer kein Budgetkonzept. Der nächsten Generation wird durch eine "Politik auf Pump" eine gewaltige finanzielle Hypothek aufgelastet. Man muß sich fragen, ob die kommende Generation diese Hypothek überhaupt tragen wird können.

In Wien geht trotz steigender Verschuldung der Anteil der Investitionen am Gesamtbudget ständig zurück. Auf eine bessere Behandlung Wiens im Finanzausgleich zu hoffen, ist kein Ausweg. Denn auch der Bund hat kein Geld. Noch im Jahr 1970 mußten bloß 14 Prozent der Einnahmen beim Bund für den Schuldendienst aufgewendet werden. Jetzt wird schon jeder dritte Schilling für die Bezahlung der Schulden ausgegeben. Da der Bund seine Probleme auf die Länder und Gemeinden überträgt, herrschen auch dort leere Kassen. (Forts.)
sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)
Utl.: Finanz- und Wirtschaftspolitik
=++++

37 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Das Budget ist ein Ausdruck gesellschaftspolitischer Auffassungen. Daraus sind auch die verschiedenen Standpunkte der Parteien zu erklären, stellte GR. Ing. HOFSTETTER (SPö) fest. Das Budget 1982 orientiert sich an sozialistischen Gesichtspunkten und stellt Weichen für die Zukunft. Hätte man die öVP-Anträge berücksichtigt, wäre das Budgetdefizit heuer um etwa 2 Milliarden höher. Einsparungen beim kommunalen Wohnbau zu Gunsten des Eigentumswohnungsbau sind für die Sozialsiten nicht akzeptabel. Ginge es nach der öVP, gäbe es in Wien keine Donauinsel, keine UNO-City, keine WIG, keine General Motors und um 5.000 Wohnungen weniger.

Die Behauptung, daß Mietwohnungen kaum billiger als Eigentumswohnungen sind, ist falsch. Der Quadratmeterpreis einer freifinanzierten Wohnung beträgt etwa 20.000 S pro Quadratmeter. Die öVP beurteilt das Wiener Budget so, als wären die Wiener auf einer Insel der Seligen. Der SPö-Regierung ist es zu verdanken, daß die volle Auswirkung der Weltwirtschaftskrise nicht auf österreich bzw. auf Wien überschlägt. Im Ausland hört man großes Lob für die österreichische Wirtschaftspolitik.

Das Wiener Budget 1982 hat drei Schwerpunkte: Eine Steigerung bei den Sozialleistungen um 18 Prozent, eine Steigerung für die Erhaltung von Wohnbauten um 20 Prozent, und eine Ausweitung der Wirtschaftsförderung. GR. Hofstetter warnte allerdings vor einer allzu starken Verlagerung von der Neubautätigkeit zur Erhaltung, das heißt von der Bauindustrie zum Baunebengewerbe. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (26)
Utl.: Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

38 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Einen großen Umfang nehmen die Investitionsförderungen für Betriebe ein, sagte GR. Ing. Hofstetter weiter. In den letzten Jahren wurden Baugründe für 297 Betriebe zur Verfügung gestellt. Nun werden die Draschegründe für Betriebsansiedlungen aufgeschlossen. Bei der Verschuldung und beim Schuldendienst liegt die Stadt Wien im Vergleich zu den anderen österreichischen Hauptstädten überaus günstig. Die Verschuldensquote betrug 1980 in Wien 9.542 Schilling pro Kopf und Einwohner, in Innsbruck beinahe das Doppelte. Das Budget 1982 sei ein Sparbudget mit einer optimalen Nutzung der Einnahmenquellen. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (27)
Utl.: Finanzen und Wirtschaftspolitik
=++++

39 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort nahm Stadtrat MAYR (SPö) zu einigen von Debattenrednern aufgeworfenen Fragen Stellung. So wies er die Behauptung von GR. Hirnschall zurück, im Budget 1982 seien keine Mittel für das SMZ-Ost enthalten, da 292 Millionen Schilling für Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten vorgesehen seien. Zur Frage der Gebührenerhöhungen sagte Mayr, diese seien in allen Stadtverwaltung unvermeidlich. Bezüglich der Firma Rinter sei zu sagen, daß die Gemeinde nur die vereinbarten laufenden Kosten zu tragen habe.

Wenn GR. Hahn die hohen Heizkosten bei den Heizbetrieben beklage, so müsse gesagt werden, daß die Kosten der Primärenergie sich eben auch in den Heizkosten abzeichnen. Im Übrigen seien die Heizkosten bei den Heizbetrieben durchaus günstig. In der Frage der Wirtschaftsförderung habe Hahn, so Mayr, willkürlich unvergleichbare Zahlen verglichen und so die echten Fakten verzerrt wiedergegeben. Zur Frage der Bereitstellung von Krediten in der Höhe von einer Milliarde für Hausreparaturen meinte Mayr, er stehe dazu, müsse aber gleichzeitig betonen, daß die Hausherren während der Laufzeit dieser zinsenbegünstigten Kredite auf ihre Rendite verzichten müssen. Schließlich nahm Mayr zur Bemerkung von GR. Fürst Stellung, die SPö sei verantwortlich für die Auswahl der straffällig gewordenen AKH-Manager und müsse daher die Konsequenzen ziehen. Mayr wies auf die Vorfälle um Landtagspolitiker in Vorarlberg und im Burgenland hin, die der öVP angehören. Er sagte, es liege der SPö fern, hier von öVP-Politikern Konsequenzen zu verlangen, da man ja in die Menschen nicht hineinsehen könne. Die öVP solle sich ebenso fair verhalten und damit sachliche Gespräche erleichtern. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

40 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) verwies auf eine 18,2prozentige Steigerung im Sozialbudget. Im Bereich der Behindertenhilfe gibt es zum Beispiel keine vergleichbare Steigerung der Ausgaben in einem anderen österreichischen Bundesland. Wir können stolz sein, sagte Stacher, auf die Entwicklung der Behandlung der psychisch Kranken. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Dazu gehören die Dezentralisierung sowie Maßnahmen, die es ermöglichen, daß die Behandlung psychisch Kranker soweit wie möglich außerhalb geschlossener Anstalten erfolgt.

15 Pensionistenheime sind derzeit in Betrieb, sechs sind im Bau. Die Standorte werden verstärkt in den inneren Bezirken gewählt, damit Menschen, die stets in der Stadt gelebt haben, hier auch ihr Alter verbringen können.

Eine besondere Ausweitung erfuhr der Heimhilfedienst. Derzeit wird die Aktion "Der soziale Bürger" durchgeführt, um auch die persönliche Hilfe, die jeder einzelne leisten kann, noch stärker zu fördern. Wir brauchen Bürger, die nicht wegschauen, wenn sie einen Behinderten sehen, die nicht wegschauen, wenn ein Nachbar Hilfe braucht.

Während früher im Sozialbereich die finanzielle Hilfe im Vordergrund stand, wird nun seit Jahren bereits die persönliche Hilfe intensiviert. Dazu gehören z. B. die Heimhilfe und der Kontaktbesuchsdienst. Es wurden acht soziale Stützpunkte geschaffen. Ein zentrales Anliegen ist die Integration der Behinderten und Benachteiligten in die Gesellschaft. Wien verdient sowohl auf Grund der Bemühungen der Stadtverwaltung als auch des Engagements der Bevölkerung die Bezeichnung "Soziale Stadt". (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

41 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Viele Krankheiten, sagte Stacher, gibt es heute fast nicht mehr. Dazu zählen Scharlach, Diphterie, Kinderlähmung und Röteln bei Schwangeren. Dies ist ein Verdienst der Forschung und der durchgeführten Impfaktionen. Besorgt äußerte sich Stacher über die Zahl der Drogenabhängigen und der Alkoholiker. Auf diesem Gebiet ist Aufklärung notwendig. Im Budget für das kommende Jahr ist die Schaffung einer Ausnüchterungsstation im Arsenal vorgesehen.

Die Infrastruktur der Spitäler (z. B. Energieversorgung, Blitz- und Brandschutzeinrichtungen, Heizungen, Sanitäranlagen, Telefon) wird weiter verbessert, die Humanisierung konsequent fortgesetzt. Dazu gehören u. a. die Verbesserung der Räume und Einrichtungen, das Aufstellen von Fernsehapparaten, die Organisation von Ausstellungen und Konzerten. Die medizinischen Einrichtungen der Spitäler werden weiter verbessert und auf den modernsten Stand gebracht. Einer der Schwerpunkte liegt auf der Behandlung von Herz- und Gefäßkrankheiten, die in Wien die Todesursache Nr. 1 darstellen. Das Pflegeheim im Sozialmedizinischen Zentrum Ost geht nächstes Jahr in Betrieb, die Planung des Krankenhauses ist im Gang. Der finanzielle Aufwand für das Psychiatrische Krankenhaus Baumgartner Höhe ist weiterhin sehr hoch, im kommenden Jahr wird auch die Psychiatrie in das Krankenanstalten-Informationssystem einbezogen.

Bei der Rettung wird im nächsten Jahr der gesamte Wagenpark auf den modernsten Stand gebracht sein.

Mit dem Budget 1982 können wir die Arbeit für die Wiener Bevölkerung fortsetzen, damit die Menschen gesund bleiben und, wenn sie krank werden, möglichst rasch wieder gesund werden können. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

42 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) stellte den ANTRAG, einen umfassenden Fahrtendienst für Behinderte in Wien einzuführen. Die vom "Club Handicap" mit einem Aufwand von 5 Millionen pro Jahr organisierten Fahrten sind zwar gut, können jedoch einen umfassenden Fahrtendienst nicht ersetzen. Andere Städte, wie München, haben bereits einen solchen Fahrtendienst und sehen es als Verpflichtung an, den Behinderten zu helfen. (Forts.) sei/ap

Wiener Gemeinderat (31)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

43 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Das Budget für die Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales beträgt 1982 rund zehn Milliarden. Es ist absolut nur um 6,1 Prozent gestiegen, von einer Kostenexplosion könne daher keine Rede sein, stellte GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) fest. Das Budget, das für Sozialleistungen ausgegeben wird, hat sich an den Bedürfnissen der Menschen zu orientieren. Es ist auschlaggebend für den Krankheitsverlauf des Patienten, ob er als Fall oder als Nummer behandelt wird. Der sozialistische Slogan "Jeder Wiener hat ein Recht auf Gesundheit" kann nicht eingehalten werden. Der Erwartungshorizont der Menschen auf Gesundheit wurde von der Politikern immer höher gehängt. Nun müsse man nachdenken, was man von diesen Versprechen einhalten kann.

GR. Schlick kritisierte, daß im Budget 1982 für das Krankenhaus SMZ-Ost lediglich Planungsmittel und keine Baukostenvorschreibungen vorhanden sind. Der Mangel an Pflegebetten in Wien kann durch die Inbetriebnahme des Pflegeheims SMZ-Ost nicht behoben werden. Schlick BEANTRAGTE daher, namens ihrer Fraktion die Schaffung zusätzlicher Pflegebetten in Wien.

Das AKH sei in finanzieller und technischer Hinsicht außer Kontrolle geraten. Wenn es in Betrieb geht, wird es die nächste Katastrophe geben. In diesem Monsterspital werden geänderte Arbeitmethoden notwendig sein, prophezeite Schlick. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

44 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) GR. LACINA (SPÖ) wies auf das dichte Netz von Sozialleistungen hin, das in Wien für ältere und behinderte Menschen bereitsteht. Lacina sagte, es sei Pflicht der Gesellschaft, den Hilfsbedürftigen Hilfe zu gewähren und niemanden allein zu lassen. Wie ernst die Stadt Wien diese Aufgabe nehme, zeige die Tatsache, daß die Ausgaben für Sozialhilfe 1982 um 18,2 Prozent erhöht werden.

Neben dem überdimensionalen Steigen der Pensionen und der Richtsätze für Ausgleichszulagen, die den älteren Menschen zugute kommen, kann die Stadt Wien auf eine Reihe von Einrichtungen verweisen, - wie etwa der Sozialpaß - den alten Menschen die aktive Teilnahme in allen Bereichen der Gesellschaft sichern. So wurden die Heimhilfedienste, für die 1982 319 Millionen bereit stehen, die Dienste der mobilen Schwestern, der Wäschepflegedienst und das "Essen auf Rädern" stark ausgeweitet. All diese Dienste helfen, daß alte Menschen möglichst lang in ihrer Wohnung bleiben können. Hilfe gegen die Einsamkeit bieten die Pensionistenklubs, der soziale Notruf und der Kontaktbesuchsdienst. Die Kapazität der Wiener Pensionistenheime mit ihren derzeit 4.308 Plätzen wird durch den jährlichen Baubeginn von zwei neuen Heimen ständig gesteigert.

An Leistungen für Behinderte führte Lacina vor allem die Beförderungsdienste, für die 33,7 Millionen bereitstehen, und die behindertenfreundliche Bauweise öffentlicher Gebäude und auch Sportstätten an. Die Situation der Behinderten wird in Wien ständig in allen Bereich verbessert, sagte Lacina und wies abschließend darauf hin, daß die Konferenz zum "Jahr der Senioren" nicht zuletzt darum in Wien stattfinden wird, weil keine Stadt der Welt ein so dichtes Hilfsnetz für Alte und Behinderte hat. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

45 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Das Budget 1982 setzt im Kapitel Soziales zweifellos einen Schwerpunkt, sagte GR. KUCHAR (FPÖ). Im Rahmen der Sozialpolitik dürfen allerdings nicht ausschließlich die Sachleistungen ausgebaut werden, während die Barleistungen in den Hintergrund treten. Der Einzelne soll die Wahl zwischen Sach- und Barleistungen haben. Es gibt alte Menschen, die heute wegen der exorbitant gestiegenen Energiekosten wieder frieren müssen. Die Heizkosten bedeuten eine enorme Belastung vor allem für kinderreiche Familien sowie für alte Menschen. Kuchar stellte den ANTRAG als einmalige Abgeltung für die gestiegenen Energiekosten 1981/82 einkommensschwachen Personen einen Betrag zwischen 500 und 1.000 S zu gewähren. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (34)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

46 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Das AKH wird als das teuerste Spital in das Buch der Rekorde eingehen, das SMZ-Ost als das Spital, für das am längsten geplant wurde, erklärte GR.TRAINDL (ÖVP). Seit zwanzig Jahren wird von der Errichtung dieses Spitales gesprochen, gebaut soll es erst ab 1983 werden und wahrscheinlich wird es erst um die Jahrhundertwende fertig. Dabei würden die Bewohner des 21. und 22. Bezirkes dieses Krankenhauses so dringend benötigen. Für einen weiteren Aufschub des Baubeginnes hätte wohl niemand Verständnis. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

47 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Gabrielle TRAXLER (SPÖ) nannte vier Punkte, die sich ein Patient von einer guten Gesundheitspolitik erwartet: die rasche Hilfe durch den praktischen Arzt, ein Spitalsbett, die medizinische Betreuung und die menschliche Behandlung im Spital. Diese Voraussetzungen sind gegeben. Der Mangel an praktischen Ärzten aus früheren Jahren wurde wettgemacht. Die Spitalsversorgung der Wiener Patienten ist im Westen sehr gut, im Osten wird das neue Krankenhaus SMZ-Ost diese Versorgung garantieren.

Traxler hob die Bedeutung der sozialen Krankenversicherung hervor. Es sei verwunderlich, daß die ÖVP zu finanziellen Sanierungsmaßnahmen der Krankenversicherungen im Parlament "nein" sagte. Die psychische Betreuung der Patienten bedingt eine größere Zahl von Ärzten. Die Ängste der Ärztekammer über eine Ärzteschwemme seien unverständlich. Das Budget 1982 sieht die Instandhaltung und Modernisierung von 215 Projekten im Krankenhausbereich vor. Ein Nachteil für Wien ist der hohe Prozentsatz der Patienten aus den Bundesländern in den Wiener Spitälern. Traxler forderte daher eine gerechtere finanzielle Verteilung des klinischen Mehraufwandes für Wien. Das Bundeskrankenanstaltengesetz soll so geändert werden, daß Wien für jeden Nicht-Wiener-Patienten eine Vergütung aus dem jeweiligen Bundesland erhält. Traxler wies auf das große Steigen der Zahl der Dienstposten in den Wiener Spitälern und auf die Anstrengungen hin, mehr Krankenschwestern einzusetzen. Eine Teilzeitbeschäftigung in den Spitälern, werde von den Frauen kaum angenommen. Im Wiener Budget 1982 sind 16,2 Prozent aller Ausgaben für die Gesundheit vorgesehen. Dies beweise den hohen Stellenwert den die Gesundheits- und Sozialpolitik in Wien einnimmt. (Forts.)
ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

48 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Gertrude HÄRTEL (ÖVP) sagte, daß der von der SPÖ angekündigte Kampf gegen die Armut wie so vieles andere nur ein Versprechen geblieben sei. Gerade einkommensschwächere Menschen habe die Teuerung der letzten Jahre besonders betroffen. So sind derzeit rund 5.000 Bezieher von Fernwärme nicht in der Lage ihre Heizkosten zu bezahlen. Besonders treffen die gestiegenen Heizkostenpreise ältere Menschen und hier die Bezieher von Mindestrenten. Härtel stellte den ANTRAG, die Gemeinde Wien solle eine eigene Heizkostenbeihilfe schaffen, mit der einkommensschwächere Menschen ein Zuschuß für die Kosten aller Brennstoffarten gewährt werden soll. Die Mittel dafür sollen aus einem Teil der Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung für Energie finanziert werden. Wenn schon bei den Sozialkosten gespart werden soll, so solle dies nicht zu Lasten der Ärmsten gehen. So könne man etwa ein Gehaltslimit bei Heirats- und Geburtsbeihilfen einführen und damit gewisse Beträge einsparen. In der täglichen Konfrontation mit der Armut müsse man jedoch stets bestrebt sein, mit allen Mitteln zu helfen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (37)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

49 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Für eine effiziente Krankenversorgung ist unter anderem auch der rasche Einsatz der Rettung notwendig, sagte GR. EBERHARDT (ÖVP). Bedingt durch die Standorte der einzelnen Rettungsstationen und den starken Verkehr sind derzeit manchmal extrem lange Anfahrtzeiten notwendig. Eberhardt stellte den ANTRAG, im Süden Wiens für den Bereich des 10. und 11. Bezirks eine zusätzliche Rettungsstation zu schaffen. Darüber hinaus ist die Möglichkeit zu prüfen, Rettungstationen bei Krankenanstalten einzurichten, um dadurch die Fahrtwege zu verkürzen. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

50 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Es gibt ein großes Unbehagen darüber, daß bei Pflegefällen in den Spitälern Verwandte wie zum Beispiel eine Schwägerin Zahlungsverpflichtungen unterschreiben müssen, obwohl sie nach dem Gesetz zu Zahlungen gar nicht verpflichtet wären, erklärte GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP). Formulare von irgendeinem Angehörigen unterschreiben zu lassen - das müßte schnellstens abgestellt werden.

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) nahm zu einigen Debattenbeiträgen Stellung. Für die verschiedenen Fahrtendienste für Behinderte werden rund 45 Millionen - und nicht fünf Millionen - ausgegeben.

Nicht für das AKH allein stellt sich die Frage von neuen Organisationsformen. Durch die ständige Entwicklung der Medizin muß die Organisation in jedem Spital laufend verändert werden.

Wenn jemand die Heizkosten nicht bezahlen kann, so gibt es die Möglichkeit der individuellen Sozialhilfe.

Im Durchschnitt dauert es fünf bis zehn Minuten, bis die Rettung am Einsatzort ist. Wiens Rettung hat einen hervorragenden Ruf. Gerade in den letzten Jahren wurde sehr viel investiert, um Verbesserungen zu erzielen.

Falls jemand bei einem Pflegefall zu Geldleistungen herangezogen wird, der gesetzlich nicht dazu verpflichtet ist, ist dies ein Versagen der jeweiligen Spitalsverwaltung. Jedenfalls sollte man aus einem Einzelfall kein Pauschalurteil ableiten. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

51 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Viele Aktivitäten auf dem Sozial- und Gesundheitssektor finden Zustimmung der öVP, betonte Stadtrat Dr. Gertrude KUBIENA (öVP). Doch gibt es andererseits viele Mängel. Bei jedem Kritikpunkt heißt es, es handle sich um einen Einzelfall. Das stimmt nicht. Es ist eine Tatsache, daß Spitalsbetten oft nur über Interventionen belegt werden können. Die Gefahr einer Ärzteschwemme ist groß. 200 promovierte junge Ärzt warten derzeit auf eine Ausbildung in den Krankenanstalten der Stadt Wien. Das Gesundheits- und Sozialbudget 1982 schaut im ersten Augenblick recht positiv aus. Es wurde allerdings Kosmetik betrieben. Bedenklich seien die stark steigenden Ausgaben für Sozialhilfe, da immer mehr Menschen zu Sozialfällen werden. Kritik übte Kubiena auch am Finanz- und Investitionsplan 1982 für das SMZ-Ost. Dieser notwendige Krankenhausbau wird noch lange auf sich warten lassen. Auch in der Drogenszene geschieht zu wenig für die jungen Gefährdeten. Das Behandlungsmodell in Mödling ist gut, die Erfolge aber begrenzt. Große Mängel bestehen in der Nachsorge. Von 39 Patienten aus Mödling erhalten nur zwölf einen Platz im Übergangsheim. In den Krankenanstalten sollten die Ärzte leistungsbezogen honoriert werden. Die Erhöhung der Pflegeentgeltgebühren um 20 Prozent lehnt die öVP ab. Ebenso die Erhöhung der Rezeptgebühr auf Kosten der Sozialschwachen. Die Stadt Wien Aktion "Der Soziale Bürger" sei eine genaue Kopie der öVP-Aktion "Servus Nachbar" und der Nachbarschaftshilfe. Die SPö sollte auch in anderen Bereichen die Anregungen der öVP aufnehmen. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (40)
Utl.: Gesundheit und Soziales
=++++

52 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) GR. WINDHAB (SPÖ) nahm zu den Ausführungen von Stadtrat Gertrude Kubiena Stellung. Entgegen ihren Behauptungen gibt es in Wien keinen Engpaß bei Spitalsbetten, da dieser durch organisatorische Maßnahmen von Stadtrat Stacher beseitigt worden ist. auch die Behauptung, daß Wien zuwenig Ärzte in Ausbildung hat, stellte Windhab in Abrede. Mit 8,6 Ärzten in Ausbildung pro 100 Spitalsbetten liegt Wien weit über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt von 4,6.

Zum Sozialmedizinischen Zentrum Ost sagte Windhab, daß hier die Schwesternschule fertiggestellt ist und das Pflegeheim vor der Fertigstellung steht. Das Spital selbst befindet sich im Planungsstadium.

Das Drogenproblem stellt Wien vor dieselben Probleme wie andere Städte. Zur Frage der Entwöhnung sagte Windhab, daß es hier der Freiwilligkeit der Betroffenen bedarf und man eben niemanden zwingen kann. Zur Erhöhung der Verpflegskosten in den Pflegeheimen stellte Windhab fest, daß jedem Pflegling mindestens 20 Prozent seines Einkommens verbleiben. Wer jedoch in der Lage ist, zu den Kosten beizutragen, muß dies eben nach seinen Kräften tun.

Abschließend erinnerte Windhab daran, daß die ÖVP in der Frage der Pensionsanpassung ursprünglich stets gegen eine Dynamik der Pensionen aufgetreten ist. Es ist der SPÖ zu danken, daß die Pensionen seit 1970 über das Ausmaß der Inflationsrate gestiegen sind. Wien war auf dem Gebiet der Sozialhilfe stets beispielgebend schloß Windhab und wird diesen Weg auch weiter gehen. (Forts.)
gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (41)
Utl.: Personal- und Rechtsangelegenheiten
=++++

53 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Rund 60.000 Beschäftigte sind in der Wiener Stadtverwaltung, dem größten Dienstleistungsunternehmen unserer Stadt, tätig, sagte StR. NEKULA (SPÖ). Nur etwa 5.500 davon sind sogenannte "Schreibtischbeamte", deren Arbeit aber ebenfalls äußerst wichtig für das Leben in unserer Stadt ist. Man sollte, sagte Nekula von "Beamten" und "Bürokraten" nicht immer in abfälligem Ton sprechen. 20.000 Männer und Frauen sind in den Spitälern tätig, 14.000 bei den Wiener Stadtwerken. Unter den Mitarbeitern der Stadtverwaltung sind auch 4.600 Nichtösterreicher, so z. B. Krankenschwestern und Stationsgehilfinnen, Mitarbeiter der Straßenreinigung und des Friedhofsdienstes. Sie sind überwiegend an Stellen tätig, für die Österreicher nicht zu bekommen waren.

Auf dem Gebiet der Jugendausbildung erbringt die Stadt Wien eine Pionierleistung. Fast 8.000 junge Menschen werden in verschiedenen Berufen ausgebildet. Die Stadt Wien leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Sicherung der Zukunft junger Menschen.

Im kommenden Jahr soll auf Grund der Erfahrungen im 21. und 22. Bezirk in verschiedenen Dienststellen ein verlängerter Parteienverkehr (an Donnerstagen bis 17.30 Uhr) eingeführt werden.

Auch im nächsten Jahr wird es eine Vermehrung von Dienstposten geben, allerdings nur nach eingehender Prüfung, weil auch auf diesem Gebiet eine Spargesinnung notwendig ist. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (42)
Utl.: Personal- und Rechtsangelegenheiten
=++++

54 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) stellte den ANTRAG, daß alle Vertragswerke der Stadt Wien zentral über eine Rechtsabteilung abgewickelt werden sollten. Derzeit sind Verträge, wie im Falle Rinter, oft mangelhaft. Eine der Ursachen dafür ist, daß jede Magistratsabteilung, auch die technisch orientierten, sich befähigt hält, Vertragswerke selbst zu "stricken". Eine zentrale Rechtsabteilung könnte diesen Mangel beheben.

Hirnschall kritisierte auch, daß der Leiter des Presse- und Informationsdienstes kurz vor seiner Pensionierung pragmatisiert wurde. Es gehe im, so Hirnschall, nicht um die Person von Prof. Brunnthaler, sondern um das Prinzip. Bei vielen Mitarbeitern der Stadt Wien hat diese Ausnahmeregelung Unmut erregt. (Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (43)
Utl.: Personal- und Rechtsangelegenheiten
=++++

55 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. KRASSER (ÖVP) urgierte das Wiener Landespolizeigesetz, das StR. Nekula für 1981 versprochen hat. Durch die Änderung der Bundesverfassung vom 1.1.1975 und durch das Fehlen dieses Gesetzes ist es möglich, daß Ehrenkränkungen in Wien nicht bestraft werden können. Wörtliche Ehrenbeleidigungen sowie tätliche Ehrenbeleidigungen sind auch dann straflos, wenn sie in Anwesenheit von zwei Zeugen begangen werden. Das Wiener Landespolizeigesetz hat im Begutachtungsverfahren Schiffbruch erlitten. Erstens ist der Titel nicht gut gewählt und zweitens wurde der Beißkorbzwang vehement abgelehnt. StR. Nekula hätte sich vor der Begutachtung des Gesetzes mit dem Tierschutzverein ins Einvernehmen setzen sollen. Krasser kritisierte, daß auch die Vagabundage straffrei sei. Die Innere Stadt hat bereits als Sandlerparadies einen Ruf. Ein Wiener Landespolizeigesetz würde auch als wirksame Handhabe gegen Kleinkriminalität dienen. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (44)
Utl.: Personal- und Rechtsangelegenheiten
=++++

56 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Elisabeth SCHINDLER (SPÖ) wies auf die wichtige Rolle der Gemeinde Wien als Dienstgeber von Behinderten hin. Obwohl die Stadt Wien bereits rund tausend Pflichtstellen mit Behinderten, vor allem Kriegsversehrten, besetzt hat, wurden 1981, im Jahr der Behinderten, neue Akzente gesetzt. Im Rahmen einer Behindertenaktion wurde eine Reihe von Behinderten aller Art, darunter auch Taubstumme eingestellt. Es wurde dabei besonders auf die persönlichen Möglichkeiten der Behinderten Rücksicht genommen. Ein Sozialarbeiter betreut die Behinderten auf ihren Arbeitsplätzen. Die Stadt Wien hat also im Jahr der Behinderten ihren Beitrag geleistet, dieser Menschengruppe ihr Los zu erleichtern. Abschließend dankte Schindler allen mit der Einstellung der Behinderten Befaßten und allen Kollegen, die den Behinderten bei ihrer Arbeit helfen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (45)
Utl.: Personal- und Rechtsangelegenheiten
=++++

57 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Die Verwaltung braucht tüchtige Beamte, sagte GR. TRAINDL (ÖVP). Aber einige wenige erfüllen nicht alle ihre Pflichten. Warum wird dies nicht geahndet, fragte Traindl?. Einige besondere Günstlinge können als karenzierte Beamte millionenschwere Fehlleistungen erbringen, ohne daß sie zu einer Schadenersatzleistung herangezogen werden, ohne daß überhaupt ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird. Bei kleinen Bediensteten dagegen sind schon bei geringsten Vergehen schärfste Disziplinarstrafen vorgesehen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (46)
Utl.: Personal- und Rechtsangelegenheiten
=++++

58 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat NEKULA (SPÖ) nahm zu einigen Debattenbeiträgen Stellung. Er kritisierte, daß Gemeinderat Traindl einzelne Beamte der Stadt Wien öffentlich attackiert hat, ohne daß sich diese wehren können. Er wolle prüfen lassen, welche Schritte die so Beschuldigten unternehmen können.

Verträge der Stadt Wien werden von den Abteilungen nach bestem Gewissen erstellt. Es wirken natürlich rechtskundige Beamte mit.

Die Pragmatisierung des Leiters des Presse- und Informationsdienstes ist innerhalb des Magistrates kein Einzelfall. Zum Beispiel wird auch bei Ärzten ähnlich vorgegangen.

Die Stadt Wien ist bemüht, Behinderte aufzunehmen. Dabei gibt es oft große Probleme, weil es auch innerhalb der Bediensteten gilt, Vorurteile gegenüber Behinderten abzubauen.

Die Gemeinderatssitzung wurde um 21.45 Uhr unterbrochen. Sie wird morgen, Dienstag, mit der Beratung der Geschäftsgruppen "Wohnen und Stadterneuerung", "Bildung, Jugend, Familie" sowie "Kultur und Bürgerdienst" fortgesetzt. Vor der Gemeinderatssitzung beginnt um 9 Uhr eine Landtagssitzung, die mit einer Fragestunde eingeleitet wird. (Schluß) sei/gg

NNNN

Erster Schnee in Wien

=++++

36 Wien, 14.12. (RK-LOKAL) Der Montag vormittag plötzlich einsetzende Schneefall in Wien - die Hohe Warte verzeichnete binnen zwei Stunden (11 bis 13 Uhr) eine Schneehöhe von vier Zentimeter - erforderte den Einsatz von 253 Fahrzeugen und 1.169 Mann des Winterdienstes der Magistratsabteilung 48. Auch 267 Schneearbeiter wurden aufgenommen. Trotz des Streueinsatzes kam es zu Straßenglätte und dadurch zu Verkehrsunfällen. Auf fast allen Straßenbahn- und Autobuslinien der Wiener Verkehrsbetriebe gibt es Störungen und Wartezeiten.

Im Vorjahr waren Wiens Straßen bereits am 3. November mit Schnee bedeckt. (Schluß) am/bs

NNNN